

Tobias ten Brink

Der Aufstieg Chinas und die neuen Kräftekonstellationen in Ostasien

1. Einleitung

Der Aufstieg Chinas zur zweitgrößten Volkswirtschaft der Erde führt zu einer Restrukturierung der Konkurrenzverhältnisse auf den internationalen Märkten. In welchem Maß dies ebenso zu einer konfliktreichen geopolitischen Aufwertung Chinas über Ostasien hinaus führt, stellt eine der zentralen weltpolitischen Fragen der Gegenwart dar. Die Bildung neuer Zentren der Kapitalakkumulation, die sich mittlerweile weit über das Perlfloss- und Yangtse-Delta sowie Beijing hinaus erstrecken, chinesische Unternehmen, die zunehmend international agieren und der mächtige chinesische Staat verändern sowohl die Kräfteverhältnisse in Ostasien als auch in der Weltwirtschaft und -politik insgesamt.

In den Diskussionen über den Aufstieg Chinas lassen sich zwei konträre Positionen idealtypisch unterscheiden: Einerseits werden eine harmonische Integration Chinas in die Weltwirtschaft und partnerschaftlich-kooperative Beziehungen mit dem Westen erwartet, andererseits eine spannungsreiche Umstrukturierung zu einer neuen Weltordnung mit erheblichen geopolitischen Konflikte antizipiert. Die erste Position orientiert sich an einer optimistischen Globalisierungsthese, der zufolge die Transnationalisierung von Handel, Finanzen und Produktion zu einer Integration der Weltwirtschaft führt, die tendenziell in eine Homogenisierung der Einzelstaaten einmündet. Dabei wird auf das Agieren mächtiger Unternehmen, aber auch der chinesischen Staatsführung verwiesen, die an einer transnationalen Integration interessiert sind. In Ostasien soll eine regionale Integration nach dem Vorbild der EU entstehen, moderiert durch eine kluge „Balancing-Politik“ der USA (vgl. Ikenberry 2008). Die zweite Position prognostiziert eine Herausforderung der westlich-amerikanischen Vorherrschaft durch die VR China. John J. Mearsheimer, einer der bedeutendsten neorealistischen Theoretiker in der Disziplin der Internationalen Beziehungen, geht von einem fast unvermeidlichen Konflikt bis hin zum Krieg aus, wenn das chinesische Wirtschaftswachstum anhalten und die Staatsführung die Streitkräfte modernisieren sollte (vgl. Mearsheimer 2003: 402; Mearsheimer 2010).

Im Folgenden wird versucht, eine komplexere Sichtweise zu skizzieren, die Evidenzen für den chinesischen Aufstieg, aber auch seiner Abhängigkeiten von den „alten“ Zentren des globalen Kapitalismus anführt, optimistische Perspektiven einer reibungslosen ostasiatischen Integration zurückweist und zugleich voreilige Schlussfolgerungen hinsichtlich militärischer Rivalitäten und eines Übergangs zu einer neuen globalen chinesischen Hegemonie, die in Ostasien ihren Ausgangspunkt nimmt, hinterfragt. Die kritische *Internationale Politische Ökonomie*, eigene Vorarbeiten und Ansätze, in denen es um den Aufstieg Chinas im Rahmen der Umstrukturierungen der Weltwirtschaft und internationaler politischer Institutionen, Regulierungs- und Hegemonialstrukturen geht, dienen als Grundlage (vgl. ten Brink 2008; Breslin 2007).

Einen Ausgangspunkt der Überlegungen stellt die Annahme dar, der zufolge die weltwirtschaftlichen Rhythmen in ihrer Gesamtheit anarchisch ablaufen. Seine charakteristische Gestalt entwickelt der globale Kapitalismus im Rahmen der wettbewerbsgetriebenen Akkumulation, die eine ungleichzeitige, kombinierte und krisenhafte Entwicklungsdynamik befördert. Die zunehmende wechselseitige Abhängigkeit sozio-ökonomischer Prozesse hat unzählige nicht-antizipierte, paradoxe Effekte zur Folge: „Als Gesamtergebnis [...] strebt der Kapitalismus in seinem ständigen Durst nach unendlicher Kapitalakkumulation stets die Errichtung einer geographischen Landschaft an, die seine Aktivitäten zu einem gegebenen Zeitpunkt erleichtert, nur um sie zu einem späteren zerstören und eine ganz andere Landschaft aufbauen zu müssen. Solcherart ist die Geschichte der schöpferischen Zerstörung eingeschrieben in die Landschaft der tatsächlichen historischen Geographie der Kapitalakkumulation“ (Harvey 2005: 102).

Eine Folge dieses anarchischen Prozesses ist die Herausbildung neuer Zentren der Kapitalakkumulation, die sich zu wirtschaftlichen und politischen Machtpolen¹ entwickeln können und in dieser Weise gefestigte internationale Kräftekonstellationen in Frage stellen. In einzelnen historischen Entwicklungsphasen kann zwischen *dominanten* oder gar *hegemonialen* Ökonomien und *aufholenden* Ökonomien unterschieden werden. Großbritannien ab Mitte des 19. Jahrhunderts oder die USA im 20. Jahrhundert besaßen in der Entfaltung der Produktivkräfte einen Entwicklungsvorsprung. Diese Länder konnten wesentliche Entwicklungen der globalen Ökonomie entweder hegemonial oder, stärker mit Elementen des Zwangs verbunden, als dominante Ökonomien, steuern. Dabei wurden sie zugleich durch ihre eigene Entwicklungsdynamik gezwungen, andere Länder an ihrem Vorsprung „partizipieren“ zu lassen (etwa durch den Transfer von technischem und organisatorischem Know-how, oder, vor dem Hintergrund der Verlangsamung des eigenen Wachstums, vermittelt

1 Machtpole müssen nicht notwendig mit Staaten gleichgesetzt werden, wie der im Weiteren behandelte „China-Circle“, eine transnationale Makro-Region in Ostasien, nahelegt.

durch ausländische Direktinvestitionen). Gegenwärtig begünstigt eine Restrukturierung des produktiven Kapitals in Richtung Ostasien besonders Chinas nachholende Entwicklung – der asiatische Anteil am weltweiten Bruttosozialprodukt ist zwischen 1960 und heute von 13 % auf etwa 30 % gestiegen – und verleiht dem bevölkerungsreichsten Land der Erde damit den Status eines überaus relevanten strategischen Standorts in der einstigen Peripherie.

Ein Augenmerk auf die ungleiche Entwicklung wirtschaftlicher Regionen (hier: Ostasien) kann der Untersuchung zwischenstaatlicher, und erweitert, intergesellschaftlicher Entwicklungsdynamiken dienen. Hierfür müssen erstens das komplexe Verhältnis zwischen wirtschaftlichen und politischen Prozessen bzw. Institutionen und zweitens die inneren und äußeren Beziehungen der Staaten analysiert werden.

- In modernen Gesellschaften bestehen zwischen „Wirtschaft“ und „Politik“ wechselseitige Abhängigkeiten. Politische Apparate sind auf eine gelingende Akkumulation innerhalb ihres Hoheitsgebietes angewiesen, um ihre Herrschaft zu sichern, was sich etwa in dem Interesse am Erhalt ihrer Besteuerungsgrundlagen ausdrückt. Auch wenn Unternehmen mehr und mehr global agieren, gehen die Staatsführungen von international wettbewerbsfähigen „einheimischen“ Unternehmen aus und haben ein Interesse an dauerhaften Beziehungen zu ihnen. Umgekehrt ist unternehmerisches Handeln abhängig von staatlichen Instanzen, die etwa eine Rechtsordnung durch die Aufrechterhaltung ihres Gewaltmonopols garantieren, Infrastrukturen schaffen und zur Ausbildung von Arbeitskräften beitragen. Hieraus resultiert im Weltmaßstab eine Überschneidung zweier, relativ unabhängig voneinander existierender und nicht aufeinander zu reduzierender, jedoch sich zeitweise verschränkender Muster der sozioökonomischen Unternehmens- sowie der geopolitischen Staatenkonkurrenz (ten Brink 2008: 113-135), die u.a. in der staatlichen Hilfestellung bei der globalen Restrukturierung der Kapitalverwertung zum Ausdruck kommt und die Außen- bzw. Geopolitiken einzelner Länder beeinflusst.
- Geopolitische Strategien² lassen sich nicht allein durch die internationalen Kräfteverhältnisse und Spannungen erklären, sondern sind erst unter Berücksichtigung der innergesellschaftlichen Prozesse angemessen zu untersuchen. Die politischen und sozialen Kämpfe im und um den Staat bestimmen die jeweilige Spezifik nationaler Au-

2 Die Relevanz der Geopolitik für die Verteidigung, Befestigung bzw. Steigerung von Einfluss und die nicht notwendigerweise direkte Kontrolle von Räumen wie auch das Management der internationalen Sphären variieren im historischen Ablauf. Es existieren vielfältige Varianten außenpolitischer Handlungsoptionen auch und gerade unterhalb der Schwelle der offenen Gewaltanwendung.

ßen- und Außenwirtschaftspolitik. Dabei werden interne gesellschaftliche Konflikte und Legitimationsdefizite vielfach von Machteliten dadurch zu lösen versucht, dass ein externes, feindliches „Anderes“ konstruiert wird. In dem hier zu untersuchenden Fall müssten dem zufolge die Effekte der internen Destabilisierungsdynamiken des chinesischen Entwicklungsmodells sowie dessen staatliche Krisenlösungsstrategien einbezogen werden, die sich u.a. in einer Krisenexternalisierung manifestieren.³

Die aktuelle Weltordnungsphase ist durch ein nie zuvor erreichtes Ausmaß an transnationaler ökonomischer Integration und zugleich eine fragmentierte internationale Staatenordnung gekennzeichnet. Viele Staaten versuchen bei der inter- und transnationalen Restrukturierung der Kapitalverwertung geopolitische Hilfestellungen zu geben, die in erster Linie „eigennützige“ Strategien der Machterhaltung verkörpern. Mitunter entstehen hieraus zwischenstaatliche Interessensgegensätze und Auseinandersetzungen in den internationalen politischen Institutionen, die in Konfliktverhältnisse münden können.

Wie bereits mehrere Male in der Geschichte des Kapitalismus geschehen, stellen die Entwicklungsstrategien einer aufstrebenden Ökonomie regionale Kräftekonstellationen und weltweit abgesteckte Interessenssphären „alter“ Großmächte in Frage. Die konfliktbeladenen Effekte dieser Entwicklung in der ostasiatischen Region, in der sich parallel zum Aufstieg Chinas ein partieller Machtverlust der USA beobachten lässt, werden im Folgenden untersucht: Erstens werden Spezifika des ostasiatischen Verflechtungsraums herausgestellt und zweitens werden einige ökonomische und geopolitische Folgewirkungen des Entstehens eines neuartigen marktliberalen, wettbewerbsgetriebenen Staatskapitalismus in China⁴ erörtert. Dabei wird einerseits die These vertreten, dass die ostasiatische Regionalisierung nicht in eine politische Einheit mündet, auch wenn sie gegenwärtig zwischenstaatliche Rivalitäten eindämmt. Zugleich besteht andererseits eine gewisse Wahrscheinlichkeit, dass die neue Führungsrolle Chinas in der Region mittelfristig eine Zunahme ökonomischer und geopolitischer Auseinandersetzungen zur Folge hat.

3 Aus Platzgründen wird dieser Zusammenhang des Weiteren nur unzulänglich behandelt. Vgl. etwa Shirk (2008), die nationalistische, anti-japanische bzw. anti-westliche Bewegungen in China antizipiert, deren Effekte sich in einer aggressiven Außenpolitik der Volksrepublik manifestieren könnten.

4 Diese Spielart des Kapitalismus zeichnet sich u.a. durch eine eigentümliche Verbindung eines umfassenden Staatsinterventionismus mit einem marktliberalen, unternehmerischen Geist aus (vgl. ausführlicher: ten Brink 2010; McNally 2007).

2. Spezifika des ostasiatischen Verflechtungsraums

Die Weltmarktintegration Chinas beruhte auf einer entscheidenden äußeren Voraussetzung in ihrem regionalen Umfeld, dem ostasiatischen Wachstumsraum. Die rasante Entwicklung der Volksrepublik ab Ende der 1970er im Anschluss an die schwerwiegende gesellschaftliche Krise während der „Kulturrevolution“ muss im Kontext der Renaissance Ostasiens zu einem Zentrum der Weltwirtschaft gesehen werden. Der Aufstieg Japans nach 1945, die Wachstumsschübe in Hongkong, Südkorea, Singapur und Taiwan ab Mitte der 1960er und in Indonesien, Malaysia, Philippinen sowie Thailand ab den 1970ern beförderten innerasiatische Handels- und Wertschöpfungsketten, die die wirtschaftspolitische „Wende“ der Volksrepublik begünstigten.⁵

Nach 1945 gingen die meisten ostasiatischen Ökonomien den Weg einer nachholenden Industrialisierung. Autoritäre Herrschaftsapparate trieben die nationale Entwicklung im Rahmen angebotsorientierter Politik und einer engen Koordination zwischen Staat und Wirtschaft bzw. privat-öffentlich Netzwerken des Bank- und Industriekapitals voran. Eine Exportorientierung auf Kosten des Binnenmarkts sowie stagnierender Reallöhne dominierte das Akkumulationsregime. Diese Regimes des „Exportismus“ (Jessop/Sum 2006: 156ff., 162ff.) waren stark von den Entwicklungstendenzen auf dem Weltmarkt abhängig. Sie verschränkten sich zugleich auf makro-regionaler Ebene.

Die staatsdirigistischen Entwicklungsdiktaturen konnten in der historischen Phase des Kalten Krieges von amerikanischer Unterstützung profitieren (Wade 1990). Das übergreifende geopolitische Geflecht, das die Einbindung v.a. Japans, Taiwans, Südkoreas, Hongkongs und Singapurs in den von den USA dominierten Block beinhaltete, schuf eine Art Sicherheitsschirm und erleichterte diesen „Vasallenstaaten“ bis in die 1970er die Integration in den Weltmarkt (u.a. einen ungehinderten Zugang japanischer Exporte zum amerikanischen Absatzmarkt). Dem stand ein weitaus schwächerer maoistischer Machtblock gegenüber, der nur bis in die 1950er mit der UdSSR verknüpft war. Die einstmaligen intensiven Beziehungen Chinas mit anderen Staaten Ostasiens wurden durch Blockaden und Kriegsdrohungen weitgehend zerstört.

Die ökonomische Dynamik brachte jedoch im Laufe der Zeit eine intensive intra-regionale wirtschaftliche Verflechtung hervor, die sich bis in die 1980er als eine innere Hierarchie mit dem Zentrum Japan entfaltete, das jedoch weiterhin abhängig vom Schutz der USA blieb. Parallel hierzu erhöhten geänderte

5 Einen wichtigen Antrieb für die wirtschaftliche Regionalisierung bildete zudem das Plaza-Abkommen von 1985, in dem die stärksten Volkswirtschaften der Welt unter dem Druck der Vereinigten Staaten einen 10-jährigen Fall des Wechselkurses des US-Dollar einleiteten, dem eine Aufwertung des Yen entsprach. Dieser Umstand leitete die Wende von einem vorwiegend transpazifischen zu einem innerasiatischen Investitionsregime Japans ein, von dem wichtige Wachstumsimpulse für die „Tigerstaaten“ und später China ausgingen.

geopolitische Konstellationen den Spielraum der Machteliten Chinas, die in den Erfolgen der ostasiatischen Nachbarn (stillschweigend und schließlich zusehends offener) entwicklungspolitische Vorbilder sahen. So trug die amerikanische Niederlage im Vietnamkrieg, die die amerikanischen Einflussmöglichkeiten in der Region insgesamt einschränkte, zu einer Normalisierung der Handels- und diplomatischen Beziehungen Chinas zu anderen asiatischen Staaten bei. Schließlich bereitete die anhaltende Krise im sowjetisch-chinesischen Verhältnis und die Entspannung in den Beziehungen zwischen China und den USA ab den frühen 1970ern einer Reorganisation des gesamten ostasiatischen Raums den Weg.

Regionalisierung in Ostasien nach der Asienkrise

Die im weltweiten Vergleich nach Maßgabe des Kriteriums des BIP-Wachstums erfolgreiche Entwicklung Ostasiens unter Führung Japans in den 1980ern geriet mit der wirtschaftlichen Stagnation der Führungsnation in den 1990ern und der Asienkrise 1997/98 ins Stocken. In Verbindung mit dem spektakulären Wachstum in China ergaben sich allerdings Umstrukturierungsprozesse, die nach der Asienkrise in eine noch intensivere wirtschaftliche und politische Regionalisierung mündeten, die die weitere wirtschaftliche Dynamik beförderten, aber auch ein Ende der japanzentrierten Entwicklung ankündigten.

Die bekannteste Regionalorganisation Ostasiens, die *Association of Southeast Asian Nations* (ASEAN, bestehend aus Brunei, Kambodscha, Indonesien, Laos, Malaysia, Myanmar, Philippinen, Singapur, Thailand und Vietnam) verlieh der regionalen Integration bis in die 2000er Jahre hinein Impulse, was eine ausgedehnte Konferenzdiplomatie zur Folge hatte. Das ASEAN-Regionalforum (ARF) sowie der Ostasiengipfel (EAS) und die ASEANplus3-Gespräche (mit China, Japan, Südkorea) bilden bis heute Angelpunkte einer wirtschaftlichen Zusammenarbeit und der Entstehung eines partiellen Sicherheitsbündnisses. Als Kooperationserfolge gelten u.a. mehrere Freihandelsabkommen und eine engere Finanzkooperation. Die Kooperationsbestrebungen zielen meist darauf ab, die Krisenanfälligkeit der Länder zu reduzieren.

Freilich bilden die ASEAN-Staaten nicht das eigentliche Gravitationszentrum Ostasiens. Viel bedeutsamer sind die „plus3“-Staaten: Südkorea, noch mehr aber China und (weiterhin) Japan. In der Serie von Konferenzen der ASEANplus3 übernahm China in den letzten Jahren die führende Rolle, wohingegen die japanische Regierung Fragen des monetären Regionalismus auf der Ebene eines regionalen öffentlichen Liquiditätsfonds und der allmählichen Einführung eines ostasiatischen Marktes für Schuldverschreibungen in den Vordergrund rückte (Stubbs 2007: 83-89). Wegweisend war der erste Ostasiengipfel Ende 2005 in Kuala Lumpur, der ohne Beteiligung der Vereinigten Staaten stattfand. Die chinesischen Unterhändler hatten dies gegen den erklärten Willen Japans durchgesetzt (Dosch 2010: 75).

Die Gemengelage aus enger wirtschaftlicher Verflechtung und unterschiedlich institutionalisierten staatlichen Akteuren führt zu einem regionalen Integrationsprozess, der nicht entsprechend dem der häufig als Blaupause unterlegten Europäischen Union abläuft. Die zwischenstaatliche Kooperation orientiert sich noch immer am Modell bilateraler Beziehungen: „Hieraus resultieren eher eine Reihe ‚bilateraler‘ ASEAN-Plus1-Projekte – ‚chinesische‘, ‚japanische‘ und ‚koreanische‘ – als ‚ostasiatische‘ Entwürfe. Zuweilen veranlasst die Rivalität zwischen China und Japan die beiden Regierungen dazu, rivalisierende Projekte vorzuschlagen, die dieselben Themen wie z.B. eine regionale Kooperation im Mekong-Gebiet umfassen. [...] Zudem streben die ostasiatischen regionalen Projekte selten mehr als einen Informationsaustausch und die Etablierung eines Dialogs an“ (Ravenhill 2010: 201).

Zwar werden die Handelsabkommen durch das Anliegen der Regierungen gesteuert, die Kooperation anzuregen. Die Kooperation ist jedoch durch Konkurrenzverhältnisse durchzogen. So ist das wichtige Freihandelsabkommen zwischen China und der ASEAN (CAFTA⁶, 2010 in Kraft getreten) auch den Rivalitäten zwischen China und Japan geschuldet, die in der Form eines kompetitiven Regionalismus, d.h. differierenden Konzepten der regionalen Integration und Ordnungsbildung, zum Ausdruck kommen (Munakata 2006: 133; Dent 2009: 169 ff.). Das chinesische Angebot eines Freihandelsabkommens mit den ASEAN-Staaten stellt eine diplomatische Meisterleistung dar. Einerseits hilft es, Ängste der ASEAN-Länder abzubauen. Andererseits zwingt das Abkommen die japanische Regierung in die Defensive, die aufgrund landesinterner Oppositionen nicht in der Lage war, umfangreiche Abkommen mit Ländern zu vereinbaren, die relevante Exporteure von Agrarprodukten sind.

Alles in allem stellen die regionalen Organisationen und häufig informellen Regimes Ostasiens heute einen relativ inkohärenten Regulierungszusammenhang dar. In diesem setzen sich Verdichtungen von Kräfteverhältnissen konfligierender und nur teilweise in einen Kompromiss einzubindender Interessen zweiter Ordnung durch, d.h. sie bauen auf der einzelgesellschaftlichen Verdichtung von Kräftekonstellationen auf und bleiben an diese rückgebunden. Dabei verhindern vor allem die konkurrierenden Führungsansprüche eines aufstrebenden Chinas und eines mächtigen Japans – die beiden Länder vereinen etwa 80 % des ostasiatischen Sozialprodukts auf sich – trotz einer fortschreitenden wirtschaftlichen Verflechtung bislang eine rasche Integration auf politischer Ebene. Die beiden „Kernstaaten“ Ostasiens, China und Japan, sehen in einer ostasiatischen Einheit ein Mittel, um den jeweils eigenen Einfluss in der Region zu vergrößern, ohne

6 Die CAFTA, der zufolge auf 90 % aller Produkte, die zwischen China und den ASEAN-Ländern gehandelt werden, keine Zölle mehr erhoben werden, beschleunigt den Gebrauch der chinesischen Währung. Der Yuan gilt als mögliche regionale Alternative zum US-Dollar und japanischen Yen bei der Abwicklung des intra-asiatischen Handels.

dabei, wie in Europa, dem anderen Kernstaat die Perspektive einer parallel erfolgenden Machtvergrößerung in Aussicht zu stellen.

Zudem verfolgen die Vereinigten Staaten andere politische Prioritäten als in der Entstehungsphase der europäischen Integration (die im Allgemeinen von den USA unterstützt wurde). Die USA versuchen, einen fortwährenden Einfluss auf den Verlauf der Regionalisierung in Ostasien zu nehmen. Sie setzen dabei auf die Fortführung ihrer Politik der bilateralen Verhandlungen – und stoßen damit nicht nur in Japan oder Südkorea auf Resonanz. Besonders Japans Interesse am „Balancing“ Chinas unterminiert infolgedessen eine weitreichende politische Integration. Stattdessen werden alte Konflikte teilweise perpetuiert und häufig neue Rivalitäten geschaffen. Die Staatsführungen der kleineren ostasiatischen Volkswirtschaften schwanken derweil zwischen der Hoffnung, von einer engeren Anbindung an China profitieren zu können, und der Befürchtung, Objekte einer zunehmenden chinesischen Dominanz zu werden (Stubbs 2007: 90 f.). Eine geteilte regionale Identität hat sich nicht entwickelt. Die Heterogenität der ostasiatischen Makro-Region und enorme Entwicklungsdisparitäten verhindern dies.

3. Chinesischer Siegeszug trotz Abhängigkeit

In den vergangenen Jahren, nochmals akzentuiert durch den globalen Einbruch ab 2008, wird nunmehr in wirtschaftlicher Hinsicht vom Beginn einer „sino-zentrierten“ Region gesprochen (Hung 2009: 16).⁷ Die Exporte vieler ostasiatischer Volkswirtschaften in Richtung China überflügeln mittlerweile den Wert ihrer Exporte in die USA. Zugleich findet der massenhafte Export von Endprodukten aus China auf die Märkte des „Nordens“ auch im Interesse der asiatischen Nachbarn statt, die den chinesischen Produktionsraum mit Vorprodukten und Maschinen bedienen.

Dieser Siegeszug beruht freilich auf Abhängigkeiten gegenüber den alten Zentren der Weltwirtschaft, da der Export die wichtigste einzelne Variable des chinesischen Wirtschaftswachstums bildet. Maßgebliche Zielorte sind die stärksten OECD-Ökonomien. Das chinesische Wachstum ist aus diesem Grund extrem abhängig von den nordamerikanischen, europäischen und japanischen Märkten (ADB 2009: 70ff.). Und: China exportiert mittlerweile zwar einen etwa so hohen Anteil an hochtechnologischen Produkten wie die USA. Viele der chinesischen Exporte sind allerdings nur in dem Sinne „chinesisch“, dass sie in China montiert werden. Als untergeordneter Teil der globalen Produktionsverbände, die ihre Produkte (z.B. das Apple iPhone) in China zusammen-

7 Dabei kam der chinesischen Staatsführung „Glück“ zu Hilfe: Ab den 1990ern beschleunigte eine mitunter als Anlagenotstand deklarierte Überakkumulation von Kapital in den klassischen Produktionszentren die Kapitalverlagerung. Diese Entwicklung setzt sich auch gegenwärtig weiter fort.

setzen lassen, häufig auf der Basis importierter Vorprodukte, ist die Volkswirtschaft den Rhythmen der „westlichen“ Kapitalismen ausgesetzt (Hürtgen/Lüthje/Schumm/Sproll 2009).⁸

Doch auch wenn ein großer Teil der chinesischen Exporte mit Hilfe ausländischer Investitionen produziert wird, versuchen die chinesischen Machteliten diesen Sachverhalt in vielfältiger Weise zu nutzen: durch „spill-over-Effekte“, die sich positiv auf den technischen Fortschritt auswirken, durch die Anpassung der chinesischen Zulieferindustrie an Weltmarktstandards, durch eine bessere Ausbildung und Disziplinierung der Arbeitskräfte, durch Steuereinnahmen, durch Versuche der eigenen technologischen Standardsetzung u.a.m. Darüber hinaus bestehen umfangreiche Versuche, unternehmerische Schöpferkraft und staatliche Machtkapazitäten zu vereinen, um selbst zum Innovationsmotor zu werden (z.B. im Bereich von Elektrofahrzeugen). Die Innovationsfähigkeit wird zu einem zentralen Ziel staatlicher Standortpolitik.⁹

Die Unternehmen der entwickelten Volkswirtschaften (auch in Ostasien) schaffen sich auf diese Weise neue Konkurrenten in dem Maße, wie sie selbst versuchen, vom chinesischen Wachstum zu profitieren. Anhand der signifikanten Zunahme weltweit wettbewerbsfähiger chinesischer Staatskonzerne und weiterer halb-staatlicher und privater Firmen (wie *Lenovo* in der Computerindustrie, *Haier* im Haushaltselektronikmarkt und *TCL* in der Herstellung von Fernsehgeräten) lässt sich das nachweisen (Yeung/Liu 2008).¹⁰ Gegenwärtig trägt dieser Prozess zur Verschärfung der internationalen Konkurrenz um die weltweiten Exportmärkte bei, deren Erschließung sich als zentrale Krisenlösungsstrategie großer Ökonomien erwiesen hat. Es ist wahrscheinlich, dass unter der Voraussetzung einer Exportschwemme weitere Überkapazitäten entstehen und Währungskonflikte zunehmen. Die im Herbst 2010 lauter werdenden westlichen Kritiken an einer unterbewerteten Währung in Schwellenländern,

8 Den Großteil der Profite erzielen die multinationalen Konzerne, nicht die auslands- oder festlandchinesischen Kontraktfertiger und Zulieferer. Der in China thematisierte Wunsch nach einer Reduzierung der Exportabhängigkeit ist äußerst schwierig zu realisieren und von sozialen Verteilungskämpfen durchzogen (siehe den Artikel von Florian Butollo in diesem Heft). Die chinesische Führung kontert in diesem Zusammenhang gegen die Forderung westlicher Staaten, den Renminbi aufzuwerten, mit dem Argument, dies schwäche die chinesische Wettbewerbsfähigkeit, was wiederum zu sozialen Unruhen mit negativen Folgen für ausländische Investoren führe.

9 Medial rücken zudem immer wieder Diskussionen über die Rolle der sogenannten Staatsfonds in den Vordergrund. Im Ausland dokumentiert sich die Machtposition dieser finanzkräftigen Fonds (z.B. der *China Investment Corporation*) in den Versuchen, Beteiligungen in Unternehmen zu erwerben bzw. Investitionen in Private Equity zu tätigen.

10 Darüber hinaus agieren „ressourcenorientierte“ Unternehmen im Ausland mit dem Ziel der Sicherung von Rohstoffen. Dazu gehören die *Shanghai Baosteel Group* oder die Firmen *Sinopec* und *China National Petroleum Corporation* mit Beteiligungen an Öl- und Erdgasprojekten in mehreren Ländern, darunter in geopolitisch sensiblen Staaten wie Irak oder Iran (Hong/Sun 2006: 620 ff.).

besonders in China, stellen den Versuch dar, durch eine Verbilligung der eigenen Währung Marktanteile zulasten anderer Nationen zu gewinnen.

Alles in allem scheint es dennoch so, als hätten die ökonomische Öffnung und die Einbettung in globale Produktionsverbünde und Wertschöpfungsketten im Unterschied zu den historischen Erfahrungen anderer Entwicklungsländer nicht zu Einschränkungen der politischen Handlungsspielräume der Volksrepublik geführt, was einer Vergrößerung der Machtkapazitäten des chinesischen Staats den Weg ebnete, der u.a. die Marktzugangskriterien kontrolliert, aber auch außenpolitisch zunehmend selbstbewusster agiert.

4. Die geopolitische Aufwertung Chinas

Mit der außenwirtschaftlichen Öffnung veränderten sich die außenpolitischen Zielsetzungen Chinas. Nach dem Zusammenbruch des Ostblocks galt es, eine wirkungsvolle Position in der von den USA geführten Welt einzunehmen, die die chinesische Führung teilweise selbstbewusst als Stellvertreter der Entwicklungsländer zu reklamieren suchte. Im Laufe des ersten Jahrzehnts des 21. Jahrhunderts wurde mit dem Hinweis auf die Entstehung einer „multipolaren“ Weltordnung eine Zunahme von außenpolitischen Einflussmöglichkeiten bzw. eine „gebührende“ Stellung in den Institutionen der „Global Governance“ eingefordert.¹¹ Zugleich setzen die Beijinger Außenpolitikstrategen auf das Prinzip der „Nichteinmischung“ in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten und wenden sich hiermit gegen den globalen Trend, der „humanitäre Interventionen“ in anderen Staaten im Notfall als legitimes Mittel ansieht (Jiang 2008).

Das innenpolitische Credo einer „harmonischen“ Gesellschaft bestimmt dabei zugleich die außenpolitische Selbstwahrnehmung: In den letzten Jahren hat ein Wandel der Begrifflichkeiten stattgefunden, der von der Thematik des „friedlichen Aufstiegs“ über einen „friedlichen Entwicklungsweg“ bis hin zum Ziel einer „harmonischen Welt“ führte. Er stellt nicht zuletzt den Versuch dar, Ressentiments zu entkräften und einer antichinesischen „Eindämmungspolitik“ wirksam zu begegnen (Lam 2006: 157-211). Ähnlich wie Russland oder Deutschland tritt die VR China offiziell für eine „Rückkehr“ zur „multilateralen“ Entscheidungsfindung unter Führung der Vereinten Nationen ein. Diese diplomatische Formel versteht sich jedoch auch als ein Programm der schrittweisen Beschränkung der Macht der USA – als ein Entwicklungspfad von ei-

11 An dieser Stelle muss, entgegen der verbreiteten Vorstellung eines monolithischen Politikfindungsprozesses in China, darauf aufmerksam gemacht werden, dass die Fragmentierung der chinesischen Gesellschaft in ein komplexes Mehrebenensystem auf außenpolitischer Ebene dazu führt, dass immer wieder Kompetenzkonflikte nicht nur zwischen Außen- und Handelsministerium, sondern auch zwischen den zentralen und regionalen Staatsapparaten aufbrechen. Die außenpolitische Willensbildung ist demnach erheblich komplexer (und führt mitunter zu widersprüchlichen Signalen, Policies oder auch bürokratischer Immobilität) als an dieser Stelle nachgezeichnet werden kann.

ner „unipolaren“ hin zu einer „multipolaren“ Welt. Daher kommt der Agglomeration „umfassender nationaler Stärke“ eine zentrale Rolle zu, die von Beijing auch unter Bezug auf die welthistorisch außerordentliche Rolle Chinas vor dem 19. Jahrhundert angestrebt wird.¹²

Dem liegen den „realistischen“ Programmatiken anderer Großmächte vergleichbare Annahmen zugrunde: Die Einschätzung, die internationalen Beziehungen seien wesentlich durch Machtpolitiken und zwischenstaatliche Konkurrenzen gekennzeichnet, die in dem vorrangigen Interesse an der rigorosen Bewahrung der staatlichen Souveränität zum Ausdruck kommt. In der politischen Praxis laufen diese Annahmen vorwiegend auf eine Strategie des Bilateralismus und des instrumentellen Multilateralismus hinaus. Letzterer erfolgt nach der Maßgabe, mit mehreren Länder gemeinsam zu agieren, wenn es als sinnvoll erachtet wird – zugleich aber planmäßig Vorteile aus der Mehrdeutigkeit der auf Kompromissen beruhenden internationalen Abkommen zu ziehen und sich der Beschränktheit internationaler Zusammenarbeit bewusst zu bleiben.¹³

Die weltweiten Folgen der geopolitischen Aufwertung Chinas werden bereits seit längerem thematisiert. Ganz besonders deutlich zeigt sich der Aufstieg China jedoch in Ostasien, was nach Jahrzehnten der heftigen Anfeindungen und Rivalitäten umso bemerkenswerter ist. Zugleich erfahren die USA in dieser Region einen Machtverlust, den die amerikanische Regierung auszugleichen versucht.¹⁴

12 In innerchinesischen Debatten in der Disziplin der Internationalen Beziehungen lässt sich ein großes Interesse an „great power politics“ nachweisen, vgl. Huang 2007. Exemplarisch ist der Artikel eines einflussreichen Parteiintellektuellen (Zheng 2005), der in englischer Übersetzung vorliegt.

13 In der Literatur wird dagegen eine Charmeoffensive Chinas konstatiert (u.a. durch günstige Kreditkonditionen, Entwicklungsprojekte und Auslandshilfen ohne restriktive Auflagen oder einen Schuldenerlass), die jedoch vor allem deshalb so attraktiv wirkt, weil sich westliche Politiken jahrzehntelang durch ein hohes Maß an Rücksichtslosigkeit und Paternalismus auszeichneten. Beijing ist an Rohstoffsicherheit, neuen Märkten usw. interessiert und daher gewillt, respektvoll zu agieren. Zudem sind bereits einseitige Abhängigkeiten gegenüber China entstanden, die chinesische Akteure ebenso als Gewinn verbuchen können wie die Profite, die aus Infrastrukturinvestitionen resultieren, die von chinesischen Vertragspartnern ausgeführt werden.

14 Begleitet von diplomatischen Beschwichtigungsgesten führt die neue Obama-Administration anknüpfend an ältere liberal-realistische Traditionslinien „weiche“ wie „harte“ geopolitische Sicherheitsmaßnahmen fort, um ihre Machtstellung in Ostasien nicht zu gefährden. Die regierenden Machteliten treten für eine Strategie der Einordnung Chinas in eine Art „Konzert der Mächte“ ein – dirigiert durch die USA, mit dem Ziel einer Unterordnung bzw. Domeszierung der Volksrepublik. Die Analyse „amerikanischer“ Interessen verbleibt an dieser Stelle unzulänglich. Es existiert eine komplexe, von widerstreitenden Interessen geprägte Gemengelage, die eine genauere Analyse wirtschaftlicher Akteure und politischer Machtfraktionen erfordert. Tief in die chinesische Ökonomie eingebettete transnationale Unternehmen, die an kooperativen Beziehungen mit den chinesischen Staatsapparaten interessiert sind, stehen etwa Kapitalgruppen gegenüber, die sich stärker am US-Binnenmarkt orientieren. Zu-

Der „China Circle“ und die Ostasienstrategie Beijings

Die VR China erweist sich im ostasiatischen Regionalisierungsprozess immer mehr als führende Kraft. Die Einbindung in den regionalen Wirtschaftsraum bzw. die hochgradige Abhängigkeit von ihm erfordert schon allein deshalb eine politische Einflussnahme, um ökonomische Instabilitäten zu bewältigen. Die Führung Chinas visiert darüber hinaus ein makro-regionales Szenario an, in dem es seine neu gewonnene ökonomische Stärke auch politisch wirksam ausspielen und in einem gewissen Ausmaß institutionalisieren kann.

Unmittelbar im geographischen Umfeld des Landes spielt dabei der sogenannte „China Circle“ eine zentrale Rolle, eine Region, die die süd- und südostchinesischen Küstenprovinzen, Macao und Hongkong sowie Taiwan umfasst und von umfangreichen Handelsbeziehungen und Kapitalverflechtungen zwischen den Unternehmen ethnischer Chinesen geprägt ist. Häufig werden auch Singapur und weitere Staaten Südostasiens dazu gerechnet, die relevante wirtschaftliche Beziehungen mit dem „Kerngebiet“ pflegen. Die von den im Ausland lebenden Überseechinesen in einer spezifischen Weise institutionalisierten Geschäftsnetzwerke in Ostasien spielten und spielen eine maßgebliche Rolle bei der Industrialisierung Chinas.

Der Begriff des „China Circle“ wird auch mit einem sich homogenisierenden Politikraum in Zusammenhang gebracht, nicht selten bezeichnet „Greater China“ ein neues Epizentrum der internationalen Politik unter Führung der Volksrepublik. Einige Autoren versuchen die These von identischen Interessen der exilchinesischen Unternehmer und der chinesischen staatlichen Nomenklatur zu begründen, die eine Vergrößerung der Macht Chinas erwirken: „Die Herausbildung einer chinesischen kapitalistischen Klasse, die mit einem größeren asiatischen Netzwerk von ethnisch chinesischen Machthabern in Wirtschaft und Politik verzahnt ist, hat entscheidend dazu beigetragen, dass das chinesische Festland zu einem ernstzunehmenden Herausforderer [des Westens] geworden ist. Indem die Überseechinesen die weitere Ausrichtung und die Geschwindigkeit der Privatisierung des Festlands auf verschiedene Weise beeinflussen, sind sie zu einem strategischen Partner der Staatsklasse geworden“ (van der Pijl 2006: 303). Die mächtigen (und teilweise diskriminierten) chinesischen Minderheiten in anderen Ländern Ostasiens entwickeln mit anderen Worten gemeinsam mit den herrschenden Machteliten Chinas ein strategisches Projekt, das eine geopolitische Sprengkraft entwickeln kann – auch wenn es erst einmal nur um verbesserte ökonomische Beziehungen geht, die etwa auf der *World Chinese Entrepreneurs Convention* verabredet werden. Diese international einflussreiche Gruppe bildet gerade aufgrund ihrer Transnationalität ein spezifisches *nationales* Interesse aus, das durch ihre Rolle als

dem bestehen politische Auseinandersetzungen zwischen populistisch-protektionistischen Kräften und einem vorwiegend transnational ausgerichteten Machtblock.

eine „Nation ohne Grenzen“ in einer Welt der Grenzen und des Nationalismus verstärkt werden kann.

Ob dieser nicht einfach von der Hand zu weisende, jedoch bislang nur unzulänglich untersuchte Zusammenhang tatsächlich zu einem tragfähigen Bündnis und zu gemeinsam getragenen außenpolitischen Strategien heranreifen kann, ist m. E. jedoch nicht abzusehen, denn ihm stehen mächtige Barrieren im Weg – die Interessen Japans und der USA etwa sowie die Schwierigkeit, ein von im Ausland lebenden Chinesen geteiltes Bekenntnis zur chinesischen Nation zu entwickeln. Es bestehen erhebliche Differenzen zwischen den Interessen der verschiedenen Segmente des „ethnic chinese capitalism“ (Yeung 2006: 245). Ferner dürfen japanische und amerikanische Kooperationen mit Überseechinesen – letztere sind häufig in die transnationalen Produktionsverbände integriert – nicht übersehen werden, die ebenfalls die vorschnelle Annahme der Bildung eines homogenen Blocks in Frage stellen.

Im Falle der historischen Konfrontation mit Taiwan ist es im Zuge der Bildung des „China Circle“ derweil zu einer Entschärfung des Konflikts gekommen. Eine Art ökonomische Wiedervereinigung hat begonnen.¹⁵ Seit Beginn der 1990er ist es auf der Ebene der funktionalen Interessenrepräsentation zur „Herausbildung von taiwanesischen Unternehmerverbänden auf dem Festland gekommen, die um eine enge Zusammenarbeit mit ihren dortigen semi-offiziellen Parallelorganisationen sowie mit den chinesischen Behörden bemüht sind“ (Meyer-Clement/Schubert 2004: 13). Allerdings bedeutet das noch keine weitgehende politische Integration. Beijing nimmt zwar gegenwärtig keine ernsthafte Konfrontationshaltung ein, bekräftigt jedoch weiterhin die Zugehörigkeit Taiwans zum Hoheitsgebiet Festlandchinas und strebt durch eine proaktive Ostasienpolitik die Reduzierung des taiwanesischen Einflusses in der Region an.

In Ostasien insgesamt haben sich die Wahrnehmungen gegenüber China seit den späten 1990ern bemerkenswert verändert. Auch wenn das Land als schier unaufhaltsame Macht betrachtet wird, sehen andere Machteliten die Realpolitik des Landes durchaus als konstruktiv an. Die Krisenbewältigungsstrategie Chinas während der Asienkrise wurde in Ostasien als vorbildlich bewertet. Das Land beteiligt sich an einzelnen multilateralen Konsultationen, am Aufbau der Infrastruktur in ärmeren Ländern wie Vietnam, Myanmar oder Laos und es hat sein System der Auslands- und Entwicklungshilfe ausgebaut. Zahlreiche geopolitische Konfliktkonstellationen der Region sind erst einmal neutralisiert worden. Die Volksrepublik hat eine Reihe von Grenzkonflikten been-

15 Dabei begünstigen einander ähnelnde institutionelle Architekturen die Integration. Der „Partei-Staatskapitalismus“ Taiwans (Pohlmann 2002: 206 ff.) stellt ähnlich wie der marktliberale Staatskapitalismus auf dem Festland ein enges Beziehungsgeflecht von Partei, Regierung, Verwaltung und unternehmerischen Aktivitäten dar.

det und 2003 ein ASEAN-Abkommen unterzeichnet, das die wechselseitige Anerkennung der territorialen Souveränität der unterzeichnenden Länder bekräftigt (Dosch 2010: 74 ff.).

Resultat der geschickten diplomatischen Offensiven und der Anwendung „weicher“ Machtfaktoren¹⁶ ist eine Verschiebung des Einflusses der Großmächte in der Region. Während die Wahrnehmung gegenüber den USA sich in Ostasien merklich verschlechtert hat, werden gegenwärtig chinesische Unternehmen und Politiker mit einer ähnlichen Sympathie empfangen, wie sie einstmals nur Japanern oder Amerikanern sicher war (Kurlantzick 2008: 203). Hinzu treten Frustrationen über den amerikanischen Unilateralismus und einen „Marktfundamentalismus“, der Regierungen in der Region dazu angehalten hat, einen größeren Spielraum in den Beziehungen zu den USA anzustreben (Munakata 2006: 131).¹⁷ Darüber hinaus hat sich das Gewicht Japans verringert. Dieser Sachverhalt ist erstens auf die enormen wirtschaftlichen Schwierigkeiten des Landes seit 1990 zurückzuführen. Zweitens zögert Japan, eine größere Führungsrolle in Asien zu übernehmen, was „zu einem nicht unerheblichen Teil mit der Angst davor zusammenhängt, dass die Region trotz größter eigener Anstrengungen ohnehin von einem wieder auflebenden China dominiert sein wird. Schließlich bleibt Japan fest in die amerikanische Umklammerung eingebunden [...]. Japanische Führungskräfte setzen ihren Vorrang weiterhin auf eine untergeordnete Stellung in den Beziehungen zu den USA“ (Selden 2009).

Es scheint, als würde das Kalkül – die Eingliederung der bislang von den USA dominierten Länder Ostasiens in einen gemeinsamen Wirtschaftsraum, in dem China eine führende Rolle einnimmt – aufgehen. Der neuen Dominanz Chinas entspricht in diesem Fall (im Unterschied zur europäischen Integration ab den 1950ern) ein Einflussverlust der USA. Auch wenn fraglich bleibt, ob sich Chinas Ambitionen ausnahmslos verwirklichen lassen, kann diese neue Kräftekonstellation hinsichtlich der Beziehungen zu Japan und den USA möglicherweise konflikträchtige Folgen nach sich ziehen, wie der letzte Abschnitt noch einmal verdeutlicht.

5. Ausblick

Die Staatsführung der Volksrepublik China ist in den letzten Jahrzehnten den auf günstigen weltwirtschaftlichen und ostasiatischen Voraussetzungen beruhenden Weg einer sich vertiefenden Einbettung in globale Wirtschaftskreisläufe gegangen. Die herrschende Machtelite konnte damit eine signifikante wirt-

16 Die Anzahl derjenigen Asiaten, die die chinesische Sprache lernen, ist z.B. exponentiell gestiegen.

17 Das amerikanische Ziel der Herstellung einer „pazifischen Gemeinschaft“, institutionalisiert im Rahmen der 1989 gegründeten APEC, die noch bis 1997 das wichtigste Vehikel der Regionalisierung bildete, wurde nicht erreicht.

schaftliche und geopolitische Aufwertung erlangen, die im Gefolge der neuen Weltwirtschaftskrise noch zunimmt.

Hinsichtlich der Kräftekonstellationen in Ostasien ist ein zunehmender Einfluss Beijings festzustellen. Hieraus resultiert allerdings nicht die Herausbildung einer politischen Einheit Ostasiens unter der hegemonialen Führung Chinas, auch wenn die Regionalisierungsprozesse vor allem auf der wirtschaftlichen Ebene eine Reihe von Vorteilen für andere ostasiatische Volkswirtschaften nach sich ziehen, was in den letzten Jahren auf der geopolitischen Ebene effektiv konfliktmindernd wirkte, aber, wie der fortdauernde Koreakonflikt anschaulich darstellt, nicht überbewertet werden sollte. Die USA (und Japan) behalten trotz partieller Machteinbußen einen fortwährenden Einfluss auf den Verlauf der Regionalisierung in Ostasien. Ebenfalls schafft die nach wie vor als überlegen geltende amerikanische Sicherheitsarchitektur in Asien Fakten, die in China zugleich besorgt zur Kenntnis genommen, als Anlass zur Kooperation, aber auch zur Modernisierung der eigenen Armee wahrgenommen werden. Die chinesische Staatsführung bedient sich der „harten“ Macht, um ihre als legitim erachteten Sicherheitsinteressen verteidigen zu können, wie an der Schaffung einer starken Seemacht im Südchinesischen Meer und dem Indischen Ozean abzulesen ist. Ebenso wachsen die chinesischen Verteidigungsausgaben. Die Staatsführung Chinas schwankt demzufolge zwischen einem (eher nicht intendierten) Risiko der Herausforderung und einer pragmatischen Anpassung an den globalen Führungsanspruch der USA, der jedoch wohl zumindest in Ostasien mittelfristig zur Disposition steht.

Das Verhältnis zwischen China und den USA lässt sich aus diesem Grund als gegenseitige, aber angespannte Abhängigkeit kennzeichnen. Die wechselseitige Abhängigkeit resultiert nicht zuletzt aus der komplexen Integration des chinesischen Produktionsraumes in die Unternehmensstrategien der umsatzstärksten Konzerne der Erde und der immensen Bedeutung, die dem Wachstum im Reich der Mitte mittlerweile zukommt. Angespannt ist die Situation, weil so ein neuer ökonomischer Konkurrent geschaffen wurde, der sich nicht länger ausschließlich als verlängerte „Werkbank der Welt“ gebrauchen lassen wird, und dessen geopolitische Aufwertung zusätzliche Konfliktpotentiale entstehen lässt. Zwar tendieren die außenpolitischen Strategien der beiden Länder gegenwärtig nicht in Richtung einer ernsthaften zwischenstaatlichen Konfrontation, was u.a. Erwägungen der chinesischen Regierung geschuldet ist, die gewaltsame Auseinandersetzungen aufgrund einer deutlichen militärischen Unterlegenheit nicht riskieren möchte. Allerdings müssen ebenso die nicht-intendierten Effekte der ostasiatischen Regionalisierung unter Führung Chinas beachtet werden, die zur Infragestellung der historischen Dominanz der USA in Ostasien führen und längerfristig amerikanische Gegenreaktionen, aber auch erweiterte chinesische Groß-

machtambitionen befördern können. Sinnbildlich hierfür stehen die Befürchtungen eines bekannten amerikanischen Politikberaters, der argumentiert, dass gerade die Befriedung der Taiwanfrage und die mögliche Wiedervereinigung die Rivalität mit den USA *vergrößert*: „Wie der amerikanische General Douglas MacArthur sagte, ist Taiwan ein ‚unsinkbarer Flugzeugträger‘ auf halbem Weg vor Chinas Küste. Von dort aus [...] können die Vereinigten Staaten ihre Macht ‚strahlenförmig‘ ausüben. Sollte Taiwan in den Schoß Festlandchinas zurückkehren, wäre die chinesische Marine plötzlich nicht nur in einer vorteilhaften strategischen Position gegenüber der ersten Inselkette, sondern hätte nunmehr Möglichkeiten einer nie dagewesenen Machtprojektion. Das Adjektiv ‚multipolar‘ wird gegenwärtig großzügig verwendet, um die kommende Weltordnung zu beschreiben; erst die Fusion Taiwans mit dem chinesischen Festland würde aber die reelle Entstehung einer multipolaren Militärordnung in Ostasien bezeichnen“ (Kaplan 2010). Viel mehr als an eine unhinterfragte chinesische Hegemonie oder aber an ein harmonisches Konzert der Mächte erinnert die Lage in Ostasien an eine instabile Konstellation, die einen bedenklich großen Spielraum für destruktive Konkurrenzbeziehungen, nationalistische Bewegungen und zwischenstaatliche Konflikte lässt. Westliche Staaten gießen dabei Öl ins Feuer, wenn sie etwa mit ihrer Kritik an einer unterbewerteten chinesischen Währung den ohnehin verschärften Wettbewerb um die weltweiten Exportmärkte in akute Währungskonflikte steigern. Es steht zu hoffen, dass diese sich nicht zu schwerwiegenden politischen Auseinandersetzungen hochschaukeln.

Literatur

- ADB (Asian Development Bank) (2009): *Emerging Asian Regionalism: A Partnership for Shared Prosperity*, Mandaluyong City.
- Breslin, Shaun (2007): *China and the Global Political Economy*, Basingstoke.
- Dent, Christopher M. (2009): Japan, China and East Asian Regionalism: Implications for the European Union, in: *Asia-Europe Journal*, 7:1, 161-179.
- Dosch, Jörn (2010): China and Southeast Asia: A New Regional Order in the Making?, in: Dittmer, Lowell/Yu, George T. (Hg.): *China, the Developing World, and the New Global Dynamic*, Boulder/London, 61-81.
- Harvey, David (2005): *Der neue Imperialismus*, Hamburg.
- Hong, Eunsuk; Sun, Laixiang (2006): Dynamics of Internationalization and Outward Investment: Chinese Corporations' Strategies, in: *The China Quarterly*, 187, 610-634.
- Huang, Xiaoming (2007): The invisible hand: modern studies of international relations in Japan, China, and Korea, in: *Journal of International Relations and Development*, 10:2, 168-203.
- Hung, Ho-fung (2009) (Hg.): *China and the Transformation of Global Capitalism*, Baltimore.
- Hürtgen, Stefanie; Lüthje, Boy; Schumm, Wilhelm; Sproll, Martina (2009): *Von Silicon Valley nach Shenzhen. Globale Produktion und Arbeit in der IT-Industrie*, Hamburg.
- Ikenberry, John G. (2008): The Rise of China and the Future of the West. Can the Liberal System Survive?, in: *Foreign Affairs*, 87:1, 23-37.
- Jessop, Bob; Sum, Ngai-Ling (2006): *Beyond the Regulation Approach. Putting Capitalist Economies in their Place*, Cheltenham/Northampton.

- Jiang, Shixue (2008): The Chinese Foreign Policy Perspective, in: *Roett/Paz (Hg.)*, 27-43.
- Kaplan, Robert D. (2010): *The Geography of Chinese Power. How Far Can Beijing Reach on Land and at Sea?*, in: *Foreign Affairs*, 89:3, <http://www.foreignaffairs.com/articles/66205/robert-d-kaplan/the-geography-of-chinese-power> (20.8.2010).
- Kurlantzick, Joshua (2008): China's Growing Influence in South East Asia, in: *Roett/Paz (Hg.)*, 193-212.
- Lam, Willy Wo-Lap (2006): *Chinese Politics in the Hu Jintao Era: New Leaders, New Challenges*, Armonk, NY.
- McNally, Christopher A. (Hg.) (2007): *China's Emergent Political Economy: Capitalism in the Dragon's Lair*, London.
- Mearsheimer, John J. (2003): *The Tragedy of Great Power Politics*, New York.
- (2010): Der aufziehende Sturm, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, 10/10, 87-100.
- Meyer-Clement, Elena; Schubert, Gunter (2004): Greater China - Idee. Konzept. Forschungsprogramm, in: *Greater China Occasional Papers*, No. 1, 10/04, hier in: www.sino.uni-tuebingen.de/index.php?s=file_download&id=76 (20.06.08).
- Munakata, Naoko (2006): Has Politics Caught up with Markets? In Search of East Asian Economic Regionalism, in: Katzenstein, Peter J./Shiraishi, Takashi (Hg.): *Beyond Japan: The Dynamics of East Asian Regionalism*, Ithaca, NY, 130-157.
- Pohlmann, Markus (2002): *Der Kapitalismus in Ostasien. Südkoreas und Taiwans Wege ins Zentrum der Weltwirtschaft*, Münster.
- Ravenhill, John (2010): The 'new East Asian regionalism': A political domino effect, in: *Review of International Political Economy*, 17:2, 178-208.
- Roett, Riordan; Paz, Guadalupe (Hg.) (2008): *China's Expansion into the Western Hemisphere: Implications for Latin America and the United States*, Washington, D.C.
- Selden, Mark (2009): *East Asian Regionalism and its Enemies in Three Epochs: Political Economy and Geopolitics, 16th to 21st Centuries*, in: <http://www.japanfocus.org/-Mark-Selden/3061> (16.08.09).
- Shirk, Susan L. (2008): *China. Fragile Superpower. How China's Internal Politics Could Derail Its Peaceful Rise*, Oxford.
- Stubbs, Richard (2007): China, Southeast Asia and East Asian economic regionalism, in: Zweig, David/Chen, Zhimin (Hg.) (2007): *China's Reforms and International Political Economy*, London, 77-93.
- ten Brink, Tobias (2008): *Geopolitik. Geschichte und Gegenwart kapitalistischer Staatenkonkurrenz*, Münster.
- (2010): *Strukturmerkmale des chinesischen Kapitalismus*, in MPIfG Discussion Paper 1/2010, www.mpifg.de/pu/mpifg_dp/dp10-1.pdf (13.5.2010).
- van der Pijl, Kees (2006): *Global Rivalries from the Cold War to Iraq*, London.
- Wade, Robert (1990): *Governing the Market: Economic Theory and the Role of Government in East Asian Industrialization*, Princeton/Oxford.
- Yeung, Henry Wai-chung (2006): Change and Continuity in Southeast Asian Ethnic Chinese Business, in: *Asia Pacific Journal of Management*, 23:3, 229-254.
- Yeung, Henry Wai-chung; Liu, Weidong (2008): Globalizing China: The Rise of Mainland Firms in the Global Economy, in: *Eurasian Geography and Economics*, 49:1, 57-86.
- Zheng, Bijian (2005): China's 'Peaceful Rise' to Great-Power Status, in: *Foreign Affairs*, 84:5, 18-24.